

# Jurist stuft Hafen als nicht zumutbar ein

Ferienhausbesitzer Gottfried Werner sieht den Fortbestand des Nothafens Darßer Ort als rechtlich gesichert an.

Von Timo Richter

**Prerow** – Genießt der Nothafen Darßer Ort Bestandsschutz? Umweltminister Till Backhaus (SPD) verneint das ganz klar, der Weimarer Rechtsanwalt und Ferienhausbesitzer in Prerow, Gottfried Werner, bejaht die Frage entschieden. Sowohl der Politiker als auch der Jurist begründen ihre Einschätzung mit der Nationalparkverordnung. Der Ton in der Auseinandersetzung um den Status des Nothafens nimmt derweil an Schärfe zu.

Während der Minister seinem Widersacher Polemik in dessen Äußerungen ankreidet und auf seinem Standpunkt beharrt – „wer etwas anderes behauptet, verdreht die Tatsachen und verkennt die Realität“ – wirft der Jurist dem Minister ein „Zerlegen“ der Nationalparkverordnung vor. Nicht genehme Be-

stimmungen würden negiert und zielgerichtet in der Öffentlichkeit unerwähnt gelassen. Den Hinweis Backhaus' auf die Bestimmung des Nationalparks kontert Gottfried Werner mit den Ausnahmeregelungen in der Nationalparkverordnung. Zum Schutz der Bevölkerung und Abwehr von Gefahren für Leib und Leben von Menschen und erheblichen Sachwerten seien die weitere bestimmungsgemäße Nutzung von baulichen Anlagen einschließlich der dazu gehörigen Flächen, laut Gottfried Werner ist das die Wasserfläche des Nothafens, sowie notwendige Baggerarbeiten in der Fahrrinne zulässig. „Die Benutzung des Hafens am Darßer Ort als Nothafen ist rechtmäßig.“

Backhaus würde den Fortbestand des Nothafens Darßer Ort, vorrangig rechtlich gesichert in der Nationalparkverordnung, offen-

sichtlich missachten und damit gegen geltendes Recht verstoßen. Als geradezu überraschend empfindet Gottfried Werner einen ins Spiel gebrachten Ausbau. „Wie kommt Herr Backhaus auf diese ‚neue Variante‘“, fragt der Jurist. Klar ist, dass die Kaianlagen so marode sind, dass sie ersetzt werden müssten.

Der Rückgriff des Ministers auf 1957 geltendes DDR-Recht „ist ent-

schieden zurückzuweisen“, glaubt Werner. Geradezu empörend sei die Behauptung, der geplante Hafenausbau sei eine „zumutbare Variante“: mindestens fünf Jahre lang Baulärm, Schmutz, Unruhe, Tag und Nacht das Donnern von Hubschraubermotoren über den Strand und das Ausbleiben von Gästen – „das nennt er ‚zumutbar‘“. Die Verschärfung des Tons liege an der

von Backhaus zu verantwortenden Situation, so der Jurist aus Weimar. „Wer sich gegenüber dem Gesetz und den betroffenen Menschen so verhält, wie es hier der Fall ist, und der Wahrheit zuwider behauptet, die Kritik sei ‚ohne Bezug auf irgendwelche Sachargumente erfolgt‘, kann keinen anderen Ton erwarten, als den der Wahrheit, auch wenn er noch so unangenehm in den Ohren des Empfängers klingen mag.“

Schon vor fünf Jahren scheiterte der Bau eines Hafens an der Küste im Bereich der Hohen Düne. Damals trugen sich rund 17 400 Menschen in eine Liste gegen den Bau eines solchen Hafens ein. Jüngst votierten in einer Online-Umfrage der OSTSEE-ZEITUNG 73 Prozent der etwa 2200 Teilnehmer gegen den Bau eines Hafens in Verlängerung der Seebrücke in Prerow.

## Abstimmung zu Bürgerbegehren

**Die Prerower Gemeindevertreter** stimmen heute unter anderem über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zur Durchführung eines Bürgerentscheids ab. Die Frage ist, ob die Seebrücke als Zuwegung zum Bau des landeseigenen Hafens zur Verfügung gestellt werden soll. Diese Frage kann nur bejaht oder verneint werden. Die Sitzung

der Gemeindevertreter im Kulturkaten „Kiek in“ beginnt um 18 Uhr.

**Am Samstag informiert** der Leiter des Nationalparkamtes, Gernot Haffner, im „Kiek in“ über den Schutzstatus und die Entwicklungsziele am Darßer Ort. Er steht anschließend für Fragen zur Verfügung. Diese Einwohnerversammlung beginnt um 16.30 Uhr.

OZ vom 20.03.2015

## Bürger sollen über Nothafen in Prerow abstimmen

**Prerow** – Die Einwohner des Ostseebades auf dem Darß entscheiden am 26. April in einem Bürgerentscheid, ob die Seebrücke als Zuwegung für den geplanten Inselhafen zur Verfügung steht. Umweltminister Till Backhaus (SPD) plant in Verlängerung des Seesteges einen Inselhafen mit eingeschränkter Etappenfunktion als Ersatz für den geschlossenen Nothafen Darßer Ort. Einstimmig haben die Gemeindevertreter Prerows (Vorpommern-Rügen) am Donnerstagabend die Durchführung des Bürgerentscheids beschlossen. Zuvor war ebenfalls einstimmig ein Bürgerbegehren für dieses Verfahren angenommen worden. Zu dem Verfahren gab es in der Gemeindevertretung keine Diskussion.

Der Ersatzhafen in Verlängerung der Seebrücke ist umstritten. In einer Online-Umfrage der OST-SEE-ZEITUNG sprachen sich 73 Prozent der rund 2200 Teilnehmer gegen den Bau des Inselhafens vor der Seebrücke in Prerow aus. Der Hafen soll nicht nur Platz für den Seenotrettungskreuzer „Theo Fischer“ der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger bieten, sondern auch Liegeplätze für Fischerboote, etwa ein Dutzend Freizeitsegler bieten und einem Fahrgastschiff das Anlegen erlauben. Laut Ministerium wird mit Baukosten in Höhe von rund 12 Millionen Euro gerechnet. Der Hafen soll bis zum Jahr 2020 in Betrieb gehen.

*Timo Richter*